

DER LANDTAG SCHLESWIG - HOLSTEIN

128/2001

Kiel, 8. November 2001

S p e r r f r i s t :

Sonntag, 11. November 2001, 10:00 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort!

Landtagspräsident Heinz-Werner Arens: „Dialog der Kulturen darf nicht abreißen“

Kiel (SHL) – In seinem Grußwort an die Delegierten der Veranstaltung „Jugend im Landtag 2001“ am Sonntag, 11. November 2001, im Plenarsaal des Kieler Landtages, hob Landtagspräsident Heinz-Werner Arens unter anderem folgendes hervor:

„Ich freue mich, dass wiederum Jugendliche aus ganz Schleswig-Holstein hier zusammenkommen, um über Themen ihrer Wahl im Landtag zu diskutieren. Sie stehen damit in einer Tradition, auf die wir als Landtag gemeinsam mit dem Landesjugendring ein wenig stolz sind. Immerhin ist es das 15. Mal, dass diese jährliche Veranstaltung stattfindet. Zugleich ist eine neue Tradition im Entstehen, denn es ist in diesem Jahr zum zweiten Mal gelungen, Vertreterinnen und Vertreter des **Kaliningrader Jugendparlamentes** als Gäste dabei zu haben. Darüber freue ich mich ganz besonders, denn es ist Ausdruck unserer guten und lebendigen Partnerschaft mit der Kaliningrader Duma. Zudem haben drei Präsidiumsmitglieder von Jugend im Landtag 2000 in diesem Jahr Kaliningrad besucht und vor Ort mit den Jugendparlamentariern gesprochen. Damit entsteht ein Austausch auf Gegenseitigkeit, den sich der Landtag bei der Verabschiedung des Partnerschaftsabkommens gewünscht hat.

Heute haben Sie nun bereits zwei arbeitsreiche Vorbereitungsstage in der Jugendherberge hinter sich und werden in den nächsten Stunden über die gestellten Anträge debattieren und abstimmen. Dabei spielt neben

den Themen Bildung und Umwelt die aktuelle politische Situation nach dem 11. September eine große Rolle. Weltpolitisch aber auch national gesehen haben die barbarischen Terroranschläge eine neue Lage geschaffen. In Afghanistan findet ein erbitterter Krieg statt, der terroristischen Aktionen dieser neuen Dimension den Boden entziehen soll. Ob dies ein probates Mittel der Bekämpfung des islamistischen Terrorismus ist, wird in Politik und Gesellschaft durchaus kontrovers diskutiert. Das ist für eine Demokratie auch richtig und wichtig.

Für Deutschland ergibt sich zudem eine historisch neue Situation: Erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg werden Soldaten der Bundeswehr an einem Kriegseinsatz im Rahmen der Nato beteiligt sein, um die Vereinigten Staaten von Amerika zu unterstützen. Die weltpolitische Verantwortung, die wir als demokratischer Staat im westlichen Bündnis übernehmen, ist damit von neuer Qualität.

Zugleich haben wir innenpolitisch eine gewandelte Lage. Die Tatsache, dass unser Land den Terroristen dazu gedient hat, dieses menschenverachtende Attentat völlig unbemerkt vorzubereiten, hat unser Sicherheitsempfinden empfindlich getroffen. Daher ist es verständlich und aus meiner Sicht unumgänglich, dass nach Möglichkeiten gesucht wird, terroristische Aktivitäten schon im Vorfeld aufzudecken und unmöglich zu machen. Ebenso wichtig ist es aber, gewissermaßen das Kind nicht mit dem Bade auszuschütten – das heißt: Es darf keine Überreaktion erfolgen, die vorsorglich alle Bürgerinnen und Bürger unter Generalverdacht stellt und unser demokratisches und gesellschaftliches Leben allein unter Sicherheitsaspekten zu betrachten. Eine solche Gefahr sehe ich angesichts der geplanten Vorhaben aber auch nicht. Aber ich halte es für richtig, wenn Neuregelungen, die unter dem Eindruck der aktuellen Ereignisse getroffen werden, nach einer festgelegten Zeit auf ihre Wirksamkeit und auf ihre Folgewirkungen überprüft werden.

Eine möglicherweise schleichende Folge für unser gesellschaftliches Leben kann auch sein, dass die Vorurteile gegen die islamische Religion und Kultur insgesamt wieder Nahrung erhalten. Die Debatte um die Zuwanderungsregelungen steht offensichtlich unter dem Eindruck der ter-

roristischen Aktionen, die die Weltöffentlichkeit schockiert haben. Das friedliche Miteinander verschiedener Kulturen in unserem Land kann insofern empfindlich gestört werden. Diese Sorge teilen viele von Ihnen. Das konnte man schon an den Themenvorschlägen für ‚Jugend im Landtag‘ ablesen. Wir sollten also uns alle in der Verantwortung sehen, dafür zu sorgen, dass dies nicht geschieht. Im Gegenteil, der Dialog der Kulturen muss gestärkt und ausgebaut werden. Vorurteile lösen sich nur dann in Luft auf, wenn sie durch Informationen und Gespräche wiederlegt werden können. Daran werden wir in Zukunft verstärkt arbeiten müssen, damit klar wird, dass es nicht um einen Kulturkampf zwischen Christen und Moslems geht. Der islamistische Terror darf nicht dazu führen, eine ganze Glaubensrichtung in Misskredit zu bringen. Eine politische Konfliktlösung, die jenseits der militärischen wirksam werden muss, kann nachhaltig nur im Dialog gesucht werden. Dabei gebe ich Bundespräsident Johannes Rau absolut Recht, wenn er fordert, dass auch wir in unserem Kulturkreis bereit sein müssen, Verschiedenheit anders als bisher zu respektieren. Durch Dialog und Zusammenarbeit in gegenseitigem Respekt kann dem Terrorismus der Nährboden dauerhaft entzogen werden.

Nun wird dies nicht das einzige Thema sein, das Sie heute beschäftigt. Das ist auch gut so, denn es gibt eine Vielzahl von Themen, die es alle mal verdient haben, weiterbewegt zu werden. Es war mir dennoch wichtig, zu diesem Punkt ausführlicher zu sprechen, weil besonders Sie als Jugendliche gefordert sein werden, den Dialog der Kulturen in unserem Land nicht abreißen zu lassen. Als die Erwachsenen von morgen prägen Sie unsere Gesellschaft in entscheidender Weise und sollten sich dessen bewusst sein.“

Herausgeber: Pressestelle des Schleswig-Holsteinischen Landtages, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel, Postf. 7121, 24171 Kiel, Tel.: (0431) 988- Durchwahl -1163, -1121, -1120, -1117, -1116, Fax: (0431) 988-1119
V.i.S.d.P.: Dr. Joachim Köhler, Annette Wiese-Krukowska, E-Mail: Joachim.Koehler@lvn.parlanet.de
Internet: www.sh-landtag.de – Presseinformationen per E-Mail abonnieren unter www.parlanet.de/pressticker